

nexionen ein. Mit Genugtuung vermerkte er eine Anerkennung seiner Haltung seitens der SDAP (Krautkrämer weist in seiner Einleitung darauf hin, daß Kolb im Münchner Bereich Bebel auf dessen Wunsch bei dessen Auseinandersetzung mit den Anhängern J. B. v. Schweitzers geholfen hat).

Dem Stil nach handelt es sich um ungemein lebendig und anschaulich, aber durchaus unpathetisch geschriebene Erinnerungen, die für die Veröffentlichung bestimmt waren. Kolb spart alles Private aus, stellt seine Person nicht in den Vordergrund, beurteilt politische Gegner differenziert, spricht etlichen von ihnen wenigstens ehrenhafte Motive zu und schildert die Rolle des Volkes ohne Revolutionsromantik. Die Quelle eignet sich hervorragend für Proseminare, abgesehen von ihrem wissenschaftlichen Wert für die Parteien- und Parlamentsforschung.

Die Edition wird durch eine knappe biographische Skizze des Bearbeiters Elmar Krautkrämer eingeleitet, der 1959 eine Monographie über Kolb veröffentlicht hat. Die Edition zeigt Spuren von Hast und ist recht sparsam kommentiert. Wenn auch in der Einleitung vermerkt wird, daß Kolb kurz vor seinem Tod (1884) mit der Überarbeitung seiner Erinnerungen begann, so stutzt der Leser dennoch, wenn mehrfach im fortlaufenden Text Ereignisse erwähnt werden, die sich Jahre und Jahrzehnte nach dem angegebenen Entstehungsjahr des jeweiligen Kapitels abgespielt haben, oder wenn in einem Unterkapitel, das der Angabe nach 1849 im Zweibrücker Arresthaus geschrieben wurde, Kolb sich selbst aus einer Aufzeichnung rückblickender Natur zitiert, die er im Arresthaus 1849 angefertigt hat. Konrad von Zwehl

Gerd Fesser, Linkliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861—1866 (= Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 48), Akademie-Verlag, Berlin [DDR] 1976, XIII, 207 S., kart., 27 M.

Die Beschäftigung mit dem Verhältnis von liberalem Bürgertum und wiedererwachender elementarer Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts seitens der neueren nichtmarxistischen Forschung durchzieht ein starkes politisches Interesse. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Notwendigkeit der Trennung von bürgerlicher Emanzipations- und Arbeiterbewegung, die unter Reprojektierung verschiedener, die jeweilige gesellschaftspolitische Vorstellung des Autors widerspiegelnder sog. Integrationsmodelle beantwortet wird. Eine doppelte Zielsetzung liegt auch der Arbeit von Gerd Fesser, Mitglied des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, zugrunde. Er setzt für den von ihm bearbeiteten Zeitraum die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei voraus. Als *inhaltliche* Aufgabe seiner Arbeit bezeichnet er es, »am Beispiel des preussischen Bürgertums die historische Aufgabe und die politischen Möglichkeiten zu bestimmen, welche die deutsche Bourgeoisie 1861 bis 1866 besaß und welche Stellung sie hierbei — in ihrem eigenen wohlverstandenen Klasseninteresse! — gegenüber Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung einnehmen mußte«, sowie »Aussagen darüber zu treffen, auf welche Weise und in welchem Umfang die DFP [Deutsche Fortschrittspartei] Einfluß auf Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung erlangte« (S. V f.). Die zweite »zentrale Aufgabe« sieht Fesser »in der parteilichen Auseinandersetzung mit der modernen imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung« (S. VII).

Diese zweifache Aufgabenstellung gerinnt im 120seitigen Textteil der — gegenüber der 1973er Jenaer Dissertationsfassung zwar inhaltlich überarbeiteten, aber nicht erweiterten — Untersuchung zu einer wunderlichen Mischung von meist thesenhaft formulierten eigenen und fremden Forschungsergebnissen, Belegzitataten und Polemiken gegen die einschlägige

westdeutsche Forschung (mit den Kollegen aus der DDR setzt sich Fesser fast ausnahmslos in den Anmerkungen auseinander). Die Untersuchung ist in vier Kapiteln chronologisch gegliedert. Nach der Beschreibung von Gründung und Physiognomie der DFP analysiert Fesser deren Haltung zur Arbeiterbewegung während der ersten Anfänge in Berlin (Eichlersche Bewegung), dann die Auseinandersetzungen des Bürgertums mit Lassalle 1863/64, die preußische Koalitionsrechtsdebatte 1864/65 und die ersten Spannungen zwischen dem Berliner Arbeiterverein und der DFP am Vorabend des Krieges von 1866. Im letzten Kapitel beschreibt er mittels Engels' »Militärfrage« von 1865 die objektiv richtige Politik der Arbeiterpartei sowie am Beispiel von F. A. Lange eine bürgerlich-demokratische Alternative zur praktizierten Arbeiterpolitik der DFP (diesen Abschnitt hat Fesser im Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14 / 1976, zu einem Aufsatz ausgeweitet). Der Abdruck von 13 Quellen beschließt den Band. Schon die Gliederung weist darauf hin, daß Fesser sich in seinen Aussagen zur DFP fast ausschließlich auf den Berliner Führungszirkel der Fraktion und einige Personen wie Hammacher, Lange, Hoverbeck beschränkt. Man muß ihm zugestehen, daß die Quellen nur eine mühselige Sammlung (weniger) archivalischer und gedruckter Äußerungen zulassen. Doch ist einerseits in den von Fesser besuchten Archiven, wie der Rezensent aus eigener Erfahrung weiß, durchaus noch mehr Material zur Arbeiterpolitik der DFP vorhanden¹; andererseits ist nicht einzusehen, warum DDR-Historiker vom Besuch westdeutscher Archive und Bibliotheken dispensiert sein sollen, wenn im umgekehrten Fall jeweils eine eingehende Begründung gefordert wird. Nicht zu Unrecht kritisiert Fesser an der westdeutschen Geschichtsschreibung, sie habe »qualitativ und selbst quantitativ nur sehr wenig zur Erforschung der ›Arbeiterpolitik‹ der Fortschrittspartei geleistet« (S. VII). Nehmen wir dies zum Maßstab bei der Betrachtung der einzelnen Abschnitte des Fesserschen Buches.

In der DFP sieht Fesser die Wortführerin eines großen Teils der preußischen und damit der deutschen Bourgeoisie (S. V f.), die sie somit repräsentiere. Die soziale Basis der Partei sucht er über die Zusammensetzung der Fraktion bzw. die regionalen »Einzugsgebiete« in den Wahlen zu ermitteln (S. 11 f., 115). Weder Wahlmännerstrukturen, Wahlvereine² noch die Abstimmungen in den einzelnen Wahlklassen, deren soziale Zusammensetzung sich zudem nach dem Gesamtsteueraufkommen des Wahlkreises richtete, werden untersucht. Fesser differenziert drei Gruppen innerhalb der Partei (Linksliberale = ehemalige 48er Demokraten — rechte Liberale — kleinbürgerliche Demokraten) und berücksichtigt alle gleichermaßen, womit aber der Titel der Arbeit (»Linksliberalismus«) nicht mehr recht einleuchtet. Wird einerseits behauptet, die Linksliberalen hätten in der DFP den Ton angegeben (S. 14), so weist Fesser selbst auf die dominierende Rolle der Rechten wie von Unruh hin (S. 23; vgl. S. 18). Die Bourgeoisie stand mehrheitlich wie ein Teil des Bürgertums, so Fesser richtig, nicht hinter der DFP. Gerade zur Begründung der Stellvertreterthese hätte die Funktion des »Linken Zentrums« untersucht werden müssen: Es wird kaum erwähnt. Gleichfalls vermißt man eine Antwort auf die Frage, warum gerade Advokaten, Literaten und Beamte als Interessenvertreter des wirtschaftsliberalen Bürgertums im Parlament fungierten, oder generell die Berücksichtigung des Partei-Problems³, d. h. der Tatsache, daß die DFP keine Mitgliederpartei

1 Verwiesen sei hier nur auf die Überwachungsakten der Berliner Wahlmännerversammlungen im Staatsarchiv Potsdam oder den Nationalvereinsnachlaß im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. Unbedingt hätte die Arbeiterpresse durchgesehen werden müssen, so die Coburger »Arbeiterzeitung«, der »Social-Demokrat« usw.

2 Für deren Auswertung vgl. zuletzt die in vielen Punkten recht angreifbare Studie von Michael Gugel, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857—1867, Köln 1975, S. 59—63.

3 Dazu Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 9, 11 f.

war, woraus sich Schwierigkeiten bei der Zurechnung von Nichtparlamentariern zur DFP ergeben, wenn man sie von der allgemeinen Strömung des »Fortschrittsliberalismus« trennen will. Diesen Umstand nützt Fesser aus, indem er unter dem Begriff des »Fortschrittlers« (S. 87, 89) F. A. Lange für die DFP reklamiert, wodurch er *innerhalb* der Partei den Ansatz für eine demokratische Arbeiterpolitik lokalisieren kann. Mit dem Beispiel Lange kann er dann seine These, das Bürgertum habe in seiner verfehlten Arbeiterpolitik gegenüber seiner historischen Mission versagt, durch eine reale historische Alternative untermauern!

Die Eichlersche Bewegung vom Spätsommer 1862 ist für Fesser mit der (späteren) Agententätigkeit ihres Führers gerichtet. Die Polemik gegen Na'amans Darstellung⁴ (S. 29 ff.) verzichtet auf inhaltliche Argumente. Statt dessen verläßt sich Fesser, dies methodisch untermauert (S. XI), recht unkritisch auf die Erinnerungen von Bebel und Vahlteich. So übersieht er z. B. die aus den von ihm benutzten Akten hervorgehende und für die Beurteilung der Eichlerschen Bewegung wichtige Tatsache, daß vier Mann des ersten Siebener-Komitees vom August 1862 sich später im *liberalen* Arbeiterverein exponierten. Das ausführliche Kapitel über die Auseinandersetzung zwischen Lassalle und dem liberalen Bürgertum, im wesentlichen eine Zusammenfassung der DDR-Forschung, bringt inhaltlich ebenfalls kaum Neues. Die Koalitionsdebatte von 1864/65 verdient besondere Aufmerksamkeit wegen der dabei erstmals offenbar werdenden Spannungen zwischen den liberal-demokratischen Arbeitervereinen und der DFP. Fessers recht dürftige Skizze (S. 77-87) weist eklatante Mängel auf: Er bezieht weder die für die Diskussion der Motive der liberalen Parlamentsinitiative in Sachen Koalitionsfreiheit aufschlußreiche Bebel-Schippel-Debatte in der »Neuen Zeit« von 1898/99 mit ein, noch hat er die teilweise in Broschürenform vorliegenden zahlreichen Stellungnahmen aus der Arbeiterschaft aufgearbeitet⁵. Bei der Bewertung der Haltung der DFP zu §183 der Gewerbeordnung berücksichtigt Fesser nicht, daß Regierung und Polizei seit der Reaktionszeit auf die Anwendung dieses Paragraphen ausdrücklich verzichteten⁶.

Fessers Auseinandersetzung mit den Varianten bürgerlicher und »rechtssozialdemokratischer« Geschichtsschreibung fußt auf der in der DDR-Historiographie einheitlich vertretenen These von der historischen Aufgabe des Bürgertums, die Fesser für die DFP so formuliert (vgl. S. 5, 21, 24, 77, 96, 114 f., 118): 1. sei es die geschichtliche Aufgabe der Bourgeoisie gewesen, im Verfassungskonflikt die Macht zu erringen und die Beseitigung der feudalen Relikte durchzusetzen; 2. habe die objektive Möglichkeit einer revolutionären Situation bestanden (S. 6)⁷; 3. sei das Bündnis der DFP mit einer (zu schaffenden) Arbeiterpartei objektiv gefordert, die Angst des Bürgertums vor der Arbeiterbewegung sachlich unbegründet gewesen (S. 118).

Es hätte einem marxistischen Ansatz doch wohl entsprochen, mittels einer tiefergehenden Analyse des Verhaltens der DFP zur Arbeiterschaft auf das diesem zugrundeliegende materielle Interesse zu schließen, wie dies etwa Gugel für die Einheits- und Freiheitsproblematik versucht hat, um so zumindest die behaupteten »objektiven« Interessen zu verifizieren, an-

4 *Sblomo Na'aman*, Der Fall Eichler, in: IRSH 15, 1970, S. 347—374.

5 Die sogenannte Sozialkommission, von der Regierung zur Beratung des Koalitionsrechtsproblems zusammengerufen, in der u. a. der ehemalige Vorsitzende des Berliner Arbeitervereins Karl Dittmann saß, wird nicht erwähnt. Vgl. gegenüber Fesser etwa *Helmut Anders*, Der Kampf der Arbeiterklasse um die Koalitionsfreiheit in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Preußen, Jur. Diss. Leipzig 1961 (MS) und *Hermann Müller*, Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Berlin 1917, (Reprint Berlin / Bonn 1978), bes. S. 64, 97 f.

6 Vgl. Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 10, Bd. 6, Bl. 258 f.

7 Dabei stützt sich Fesser auf einen von einem exmittierten Kneipier verursachten Straßenkrawall; vgl. die Berichte der Berliner Volks-Zeitung bzw. der National-Zeitung vom 2.—3.7.1863. Fessers Verweis, S. 140, Anm. 55, bezieht sich übrigens auf die Volks-, nicht auf die National-Zeitung.

statt das reale Verhalten mittels einer theoretisch deduzierten historischen Handlungsnotwendigkeit auf dem Hintergrund einer gleichfalls abstrakt behaupteten, nirgendwo belegten, partiellen Interessenidentität von Arbeiterschaft und Bürgertum zu kritisieren⁸. Eine solche Analyse würde, wenn sie die gegebenen innenpolitischen Konstellationen sowie die 1848er Erfahrungen der Bedrohung konkreter bürgerlicher Interessen durch eine sich formierende Arbeiterbewegung berücksichtigt, zu dem Ergebnis kommen, daß die DFP — bewußt oder unbewußt — tatsächlich ihren objektiven Interessen entsprechend gehandelt hat. Dementsprechend ließe sich die faktische liberale Arbeiterpolitik, abgesehen von durchaus vorhandenen sozialen Motiven, als Produkt konkreter politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten nachweisen, für deren *äußere* Form sehr oft ideologische Beschränktheiten verantwortlich zeichneten. Statt dessen untersucht Fesser die DFP-Politik nur im Hinblick auf ihre *Versäumnisse*, was sie, an ihrer historischen Aufgabe gemessen, gefehlt habe. Er sucht nicht nach einer positiven Begründung ihrer tatsächlichen Politik, für die er im übrigen nur Plausibilitäten anbieten kann (z. B. S. 4 f., 118 f., desgl. S. 21).

Generös verzichtet Fesser auf jede Vermittlung zwischen dem »objektiven« Interesse der Bourgeoisie bzw. dem der »Arbeiterschaft« als Klasse und der jeweiligen recht differenzierten Zusammensetzung der beiden Kontrahenten: den unterschiedlichen, ja teilweise gegensätzlichen Gruppeninteressen, die er für die DFP selbst diagnostiziert und die für die Anziehungskraft der Schulzeschen Genossenschaftsideologie auf eine mehrheitlich handwerklich geprägte Arbeiterschaft verantwortlich waren.

Gegenüber der »rechtssozialdemokratischen« bzw. »imperialistischen« Geschichtsschreibung zum Thema wird, bei ausführlicher Zitation, nicht argumentiert, sondern doziert. Die materiellen »Ergebnisse« werden abgesichert durch zahlreiche Belege aus der DDR-Forschung bzw. den sozialistischen Klassikern, wobei die Auslegung von Engels' »Militärfrage« einer eingehenderen Betrachtung wert wäre. Neue Forschungsergebnisse bietet Fesser kaum, einige Thesen der DDR-Forschung — besonders zur Basis der DFP, ihrer Haltung in der Koalitionsdebatte etc. — werden leicht modifiziert.

Fessers Buch ist in erster Linie nicht ein Forschungsbeitrag zum Thema, sondern eine pointierte und dabei oft präzise die vorliegende DDR-Forschung sowie die Erinnerungsliteratur, unter Illustrierung aus einigen ungedruckten Quellenbeständen, zusammenfassende, polemische Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtsschreibung in ihren zwei hauptsächlichsten Varianten, die über ausgewählte Zitate in einer durchaus bedauernden Gestalt vorgeführt werden.

Toni Offermann

Der liberale Roman und der preußische Verfassungskonflikt. Analyseskizzen und Materialien. Unter Mitarbeit von Elke Neumann hrsg. von Bernd Peschen und Claus-Dieter Krohn (= Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaft, Bd. 7), Metzler Verlag, Stuttgart 1976, VIII, 290 S., Pb., 36 DM.

Ziel des vorliegenden »Arbeitsbuches« ist, »ausgehend von einer bestimmten gesellschaftlich-politischen Konstellation das antagonistische Material zu dokumentieren, auf das vor allem

⁸ Zu der These von der historischen Mission des Bürgertums und den daraus folgenden methodischen Implikationen bemerkt *Gugel* (s. Anm. 2), S. 226, grundsätzlich: »Wohl weist man allgemein auf die ökonomische Unterentwicklung der deutschen Bourgeoisie oder auf die Tatsache hin, daß sie an zwei Fronten kämpfte — jedoch nur, um in einem qualitativen Sprung die Argumentations- und Darstellungsebene zu wechseln und von ›Feigheit‹, ›Übervorsichtigkeit‹, ›prinzipienloser Kompromißpolitik‹, ›Verlogenheit‹, ›Verrat‹, ja ›historischer Schuld‹ zu sprechen. Es scheint, als träfe bei Nichterfüllung des theoretisch gesetzten Klassenzieles die Handelnden ein moralischer Tadel[. . .]«.